„Geld ist für mich ein Gestaltungsmittel für sozialen Wandel."

Dieter Lehmkuhl ist Facharzt für Psychatrie und Neurologie im Ruhestand, Stifter und Millionär. In dieser Funktion gründete er die Initiative „Vermögende für eine Vermögensabgabe". Der Aktivist tut sich schwer mit dem gängigen Konzept von Wohltätigkeit und fordert stattdessen eine gesellschaftliche Umverteilung von Reichtum. Für das Fundraiser-Magazin sprach Peter Neitzsch mit dem Stifter über sein Engagement und die Besteuerung von Vermögen.

? Herr Lehmkuhl, mit der Initiative für eine Vermögensabgabe und als politischer Stifter setzen Sie sich für einen anderen Umgang mit Reichtum ein. Mittlerweile fordern auch viele Politiker die Vermögenssteuer. Ist die Debatte bei der Allgemeinheit angekommen?

Wir waren mit die ersten, die gefordert haben, dass sich die Reichen mit einer Abgabe an den Folgen der Krise beteiligen. Seitdem hat sich viel getan: Vor drei Jahren waren wir noch die einsamen Rufer in der Wüste und wurden als Gutmenschen belächelt. Jetzt fordern Oppositionspolitiker und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) fast dasselbe. Auch das Bündnis „Umfairteilen" setzt sich mit Aktionen für die Besteuerung von Reichtum ein. Da ist die Debatte tatsächlich vorangekommen.

? Warum wollen Sie freiwillig etwas von Ihrem Vermögen abgeben?

Das hat auch etwas mit demokratischen Werten und Chancengleichheit zu tun, denn wer

„Ich bekam viele Zuschriften von Leuten, die sagten: Schön, dass es in diesem Land nicht nur Steuerflüchtige gibt."

reich ist, ist ja in vielerlei Hinsicht privilegiert: Nicht nur weil man sich mehr leisten kann und mehr Sicherheit hat, man hat auch größere Bildungschancen, Netzwerke und Einfluss. Das ist nach meinem Verständnis nicht unbedingt demokratisch. Als Kind der 68er-Revolution galt für mich immer die Maxime: Geld arbeitet nicht. Da stellt sich natürlich die Frage, wie geht man damit um, wenn man ein großes Vermögen erben soll. Ich hatte immer das Gefühl: Das ist unverdientes Geld, nicht durch eigene Leistung erworben.

? War der plötzliche Reichtum für Sie auch belastend?

Ich habe ein Vermögen von etwas über einer Million Euro. Das sage ich auch deshalb offen, um Fantasien zu bremsen: Ich bin kein Superreicher. Den Großteil davon hatte ich geerbt, nachdem ich mir eine eigene Existenz als Arzt und Leiter des sozialpsychiatrischen Dienstes im Berliner Bezirk Reineckendorf aufgebaut hatte. Da habe ich mich um die Erbschaft anfangs nicht weiter gekümmert. Erst seit meiner Pensionierung befasse ich mich intensiver damit. Im Alter fragt man sich: Was erwartet dich eigentlich? Wem dient dieser Tanz ums goldene Kalb? Ich habe es dann als Befreiung erlebt, mich davon zu lösen, das Vermögen zu bewahren und zu mehren. Geld ist für mich auch ein Gestaltungsmittel für gesellschaftlichen Fortschritt und sozialen Wandel.

? Wie wirken Sie mit Ihrem Geld?

Meine Regel ist, dass ich die Kapitalerträge stifte oder spende – das ist das Minimum. Darüber hinaus habe ich mit meinem Sohn ein Abkommen, dass er seinen Pflichtteil bekommt, das ist in etwa die Hälfte des Vermögens, und dass ich die andere Hälfte im Laufe meines Lebens, spätestens aber bei meinem Ableben, guten Zwecken zur Verfügung stelle.

? Nach welchen Kriterien entscheiden Sie, welche Projekte Sie fördern?

Mein Anliegen ist es, die Themen Ökologie, Armut und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Dafür habe ich in kleinerem Umfang schon immer Geld gespendet. Mittlerweile unterstütze ich dauerhaft rund ein Dutzend Organisationen, die sozialen Wandel anstoßen wollen, darunter die Bewegungsstiftung, die Stiftung von Medico International, die Aktion Solidarische Welt und den World Future Council. Dabei geht es mir nicht um private Wohltätigkeit, sondern darum, etwas zu verändern: Als Arzt weiß ich, dass es darauf ankommt, die Ursache einer Krankheit zu heilen und nicht nur die Symptome zu lindern.

? Schließlich haben Sie mit einigen Mitstreitern die Initiative „Vermögende für eine Vermögensabgabe" gegründet.

Während der Finanz- und Wirtschaftskrise brachte ich auf einer Tagung der Bewegungsstiftung 2009 die Idee ein, einen Appell zu veröffentlichen, dass sich die Reichen mit einer Abgabe an den Folgen der Krise beteiligen sollen. Anfangs waren wir noch ein wenig naiv und wollten lediglich eine Anzeige schalten. Aber es gab auch erfahrene Leute, die sagten: Damit ist es nicht getan. Wer traut sich die Pressearbeit zu? Wer ist bereit, als Wohlhabender in die Öffentlichkeit zu gehen? Schließlich hat sich eine kleine Gruppe gefunden und das umgesetzt.

„Bei der Besteuerung von Vermögen sind wir in Deutschland im OECD-Vergleich ja eine Steueroase."

? Waren Sie überrascht von dem Medienecho?

Das Echo war enorm. Das hatte ich so nicht erwartet. Später wurde mir klar: Wir hatten ein Tabu gebrochen und ein Thema angestoßen, das für die Medien attraktiv war. Weil wir nicht für ein Eigeninteresse eintraten, besaßen wir die nötige Glaubwürdigkeit, um eine Debatte anzustoßen. Die Zustimmung aus der Bevölkerung war zum Teil enorm. Ich bekam viele Zuschriften von Leuten, die sagten: Schön, dass es in diesem Land nicht nur Steuerflüchtige gibt.

? Sie fordern eine Vermögensabgabe und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Werden die Reichen da nicht doppelt zur Kasse gebeten?

Die doppelte Besteuerung gibt es auch in anderen Bereichen: So zahlt jeder Bürger Einkommenssteuer und Mehrwertsteuer. Bei der Besteuerung von Vermögen sind wir in Deutschland im OECD-Vergleich ja eine Steueroase: Die 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer hätte, wäre sie weitergeführt worden, weit mehr eingebracht, als unsere Vermögensabgabe von zweimal fünf Prozent zur Finanzierung der Krise. Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer von einem Prozent fordern wir erst im zweiten Schritt.

? Wofür sollten die zusätzlichen Einnahmen eingesetzt werden? Als allgemeiner Beitrag zum Staatshaushalt oder als zweckgebundener Reichen-Soli?

Anders als eine Steuer darf eine Abgabe nur zweckgebunden und in Notfällen erhoben werden. Nach dem zweiten Weltkrieg gab es beispielsweise eine Vermögensabgabe von 50 Prozent, gestreckt über 30 Jahre. Wir fordern eine Abgabe auf Vermögen über 500 000 Euro, bei einem Ehepaar eine Millionen Euro. Bei Betriebsvermögen setzen wir die Grenze bei drei Millionen Euro. Ein Betrieb, der profitabel arbeitet, kann das schultern. ▶

Auch Großmutters Häuschen wäre bei einer so hohen Schwelle nicht betroffen. Mit der Abgabe wollen wir die Energiewende, Bildung und soziale Dienstleistungen wie Pflege und Gesundheit finanzieren. Diese Zweckbindung wollen wir schon aus einer gewissen Staatsskepsis heraus.

„Große soziale Ungleichheit zerstört das Fundament einer Gesellschaft …“

? Sie fordern eine Abgabe an den Staat, statt auf private Spenden zu setzen. Zeugt das nicht eher von Staatsgläubigkeit als von Skepsis?

Die größte Gefahr für die Freiheit geht heute nicht mehr vom Staat aus, sondern von der Macht internationaler Konzerne und dem Einfluss bestimmter Interessensgruppen auf den Staat: Die Kluft zwischen Arm und Reich ist auch deshalb größer geworden, weil die Steuern für Reiche immer weiter gesenkt wurden. Da hat einfach eine Gruppe die Spielregeln zu ihren Gunsten bestimmt. Ohne diese Steuerprivilegien hätten wir kein Problem mehr mit der Neuverschuldung. Das Beispiel der USA zeigt außerdem, dass private Wohltätigkeit die Defizite eines schwachen Sozialstaats nicht ausgleichen kann.

? Der Staatshaushalt hat sich in absoluten Zahlen seit 1990 fast verdoppelt, kann man da ernsthaft von einer Unterfinanzierung des Staates sprechen?

Auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in der Zeit gewachsen. Dem stehen aber auch enorme finanzielle Belastungen gegenüber – durch die Wiedervereinigung und die Bankenkrise. Erst die Mittel für die Bankenrettung haben die Staatsverschuldung in kurzer Zeit von 60 auf 80 Prozent des BIP steigen lassen. Gleichzeitig wurde mit den Banken auch das Vermögen der Reichen gerettet: Den Staatsschulden steht ein Mehrfaches an privatem Vermögen gegenüber. Die oberen ein Prozent besitzen so viel, wie die unteren 84 Prozent der Bevölkerung. Das sind beinahe schon wieder feudale Zustände.

? Ist die Ungleichverteilung von Wohlstand eines der größten Probleme der Gegenwart?

Große soziale Ungleichheit zerstört das Fundament einer Gesellschaft und gefährdet die soziale und ökonomische Stabilität. Die großen Vermögen sind ja in der Regel nicht selbst erarbeitet, sondern vererbt – das entspricht weder dem Leistungsprinzip noch dem Grundsatz auf Chancengleichheit. Sozialwissenschaftliche Studien zeigen auf breiter empirischer Basis, dass große Ungleichheit mit einer ganzen Reihe gesundheitlicher und sozialer Missstände korreliert: Ungleiche Gesellschaften haben in der Regel mehr Kriminalität, eine geringere Lebenserwartung und ein größeres Maß an Depressionen und Suchtproblemen.

? Auch Superreiche wie Bill Gates und Warren Buffett trennen sich freiwillig von einem Teil ihres Vermögens. Gibt es da einen Bewusstseinswandel?

Die Trennlinie läuft zwischen denen, die verstanden haben, dass Vermögen eine Verpflichtung hat, und denen, die das nicht begreifen wollen. Ich bin aber gar kein Befürworter der Initiative von Buffett und Gates, weil da dem Staat enorme steuerliche Mittel entzogen werden. Die Herren zahlen ja ohnehin sehr wenig Steuern, was Warren Buffett ja auch öffentlich kritisiert. Der besitzt Milliarden, muss aber nur ein Einkommen von etwa 50 Millionen mit 17 Prozent versteuern. Zuerst sollten sie daher angemessen besteuert werden.

? Haben Stiftungen ein Legitimationsproblem, weil sie nicht demokratisch verfasst sind?

Dass über Stiftungsgelder nicht demokratisch entschieden wird, ist ein Problem. Schließlich wird ein Großteil der Mittel durch Steuernachlässe von der Öffentlichkeit bezahlt. Da werden dem Staat Haushaltsmittel entzogen, die an anderer Stelle fehlen. In Bereichen wie Kultur oder Bildung wird mit Stiftungsvermögen mitunter Politik nach privatem Gutdünken gemacht, um nicht zu sagen: nach Gutsherrenart. Hier braucht es eine größere zivilgesellschaftliche Beteiligung und mehr demokratische Kontrolle, beispielsweise in Form von Beiräten.

? Dennoch sind Sie Stifter und wollen mit der Bewegungsstiftung Einfluss auf die politische Agenda nehmen.

Sie haben Recht: Ich drücke ja auch auf diese Weise meine Steuerlast. Ich finde, das kann man nur verantworten, wenn man sich beim Spenden oder Stiften in besonderer Weise dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt und beispielsweise Geld für Demokratie und Menschenrechte oder soziale Gerechtigkeit gibt. Darauf achte ich bei der Auswahl meiner Projekte.

? Sie sprechen öffentlich über Ihr Vermögen. Werden Sie oft um Spenden gebeten?

Ich bekomme viele Bittschriften, da muss man auf jeden Fall auch „nein“ sagen können. Einmal war auch jemand an meiner Tür, da habe ich gemerkt, dass ich mit meiner vollen Adresse im Internet stehe. Das habe ich dann sehr schnell geändert. Man braucht eine Strategie des Spendens, wofür man Geld geben möchte und wofür nicht. Schließlich verrät eine Hochglanzbroschüre nicht alles.